

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung
Dr. Urs Hofmann, Co-Leitung
c/o SRG Deutschschweiz
Fernsehstrasse 1-4
8052 Zürich

Zürich, 11. März 2026

**Dossier Nr. 12186, «SRF News online» vom 24. Januar 2026 –
«Stromversorgung - Österreich setzt auf Wind statt auf Atomkraft – und
die Schweiz?»**

Sehr geehrter Herr X

Wir nehmen Bezug auf Ihr Mail vom 7. Februar 2026, worin Sie obige Sendung wie folgt
beanstanden:

<https://www.srf.ch/news/international/stromversorgung-oesterreich-setzt-auf-wind-statt-auf-atomkraft-und-die-schweiz>

«Der obengenannte SRF-Beitrag verletzt das Sachgerechtigkeitsgebot. Der Journalist Klaus Bonanomi hat zum wiederholten Mal einen einseitigen, irreführenden Beitrag im Sinne der Windkraft-Lobby Suisse Eole publiziert.

Im Artikel wird grundsätzlich behauptet: „Österreich und die Schweiz haben vieles gemeinsam, doch bei der Stromversorgung gibt es deutliche Unterschiede. Während die Schweiz über eine Aufhebung des AKW-Neubauverbots nachdenkt, drehen in Österreich rund 1500 Windräder und kein einziges Kernkraftwerk liefert Strom.“

Der Artikel ist ein klassischer Werbeartikel für die Windkraft und folgt im Prinzip den Argumenten der Windkraft-Lobby Suisse Eole. Zahlreiche Angaben, ja sogar die Grafik,

wurde aus einem News-Artikel der Suisse Eole, nahezu abgeschrieben (vgl. <https://suisse-eole.ch/de/blog/warme/>). Die Suisse Eole behauptet, die Schweiz und Österreich hätten ähnliche die topographische Voraussetzungen, doch in Österreich habe es viel mehr Windkraftanlagen. Das bedeutet: In der Schweiz hätte es gleich gute technische Bedingungen für die Windenergie, doch es liege am politischen Willen, dieses Potential auszunutzen. So die irreführende Aussage der Windkraft-Lobby.

Genau das steht im Artikel: „Ein Blick ins Nachbarland zeigt, dass es trotz ähnlicher Voraussetzungen grosse Unterschiede in der Energiepolitik gibt.“

Der Artikel suggeriert damit, dass es nur an der Politik liege – nicht an den technischen oder topographischen Voraussetzungen. Damit wird suggeriert, es liege nur am politischen Willen, Windkraft zu bauen oder nicht. Das ist irreführend.

Im Artikel steht, Windkraft könne ein Viertel des Österreichischen Strombedarfs decken und baue die Windkraft stark aus. In der Schweiz dagegen herrsche „Windflaute“, es würde in der Schweiz fast kein Windstrom produziert.

In Österreich sei kein Atomkraftwerk in Betrieb. Nach wie vor sei in Österreich keine Diskussion über neue Atomkraftwerke vorhanden.

In der Schweiz dagegen sei die Diskussion über neue Kernkraftanlagen in vollem Gange.

Weiter steht im Artikel, die Schweizer Strombranche investiere in Windparks im Ausland.

Damit wird suggeriert, dass das Windkraftpotential in der Schweiz, welches ähnlich gross sei wie in Österreich, nicht genutzt würde. Deshalb setze die Schweiz unnötigerweise auf Atomkraft, und die Strombranche investiere unnötigerweise im Ausland statt im Inland.

Dem Zuschauenden / Lesenden wird damit vermittelt, dass Windkraft eine sinnvolle Sache sei, um ohne Atomkraftwerke auszukommen. Österreich mache es ja vor.

Verstärkt wird die Aussage mit einem Lob auf die Windkraft zum Ende des Artikels: „Sturmwind im Winter treibt Windräder an: Um den Jahreswechsel sorgte stürmisches Winterwetter für viel Wind, sodass die Windräder in Österreich an einzelnen Tagen in der Kalenderwoche eins fast so viel Strom lieferten wie alle anderen Produktionsarten zusammen. Zwei Drittel der jährlichen Windkraft-Erzeugung fallen im Winter an. «So leistet die Windkraft einen bedeutenden Beitrag zur Deckung der Winterstromlücke», erklärt Michael Strugl von der Verbund AG.“

Dabei wird das Argument der Windkraft-Lobby Suisse Eole aufgegriffen, Windkraftanlagen produzieren im Winter 2/3 der Gesamtstrommenge. (Vgl. Titelseite der Suisse Eole: <https://suisse-eole.ch/de/>).

Der Artikel enthält einige falsche und zahlreiche irreführende Aussagen. Konkret:

- Österreich hat nicht die gleichen Voraussetzungen wie die Schweiz. In diesen Gebieten, die der Schweiz topographisch ähneln (Vorarlberg, Tirol, Salzburg) steht keine einzige (!) Windturbine. Ausserdem hat es in Kärnten praktisch keine Windturbinen. Die rund 1'500 Windturbinen stehen alle nördlich und östlich von Wien in einer Tiefebene (Burgenland). Eine vergleichbare Tiefebene mit viel Wind und wenig dichter Bebauung gibt es in der Schweiz nicht. Damit wird der Lesende irregeführt. Unter gleichen Voraussetzungen wie in der Schweiz gibt es keine Windturbinen.

- Österreich hat tatsächlich kein Atomkraftwerk. Stattdessen hat das Land einen extrem schmutzigen und auslandsabhängigen Strommix. Gerade jetzt, beim Verfassen dieser Beschwerde (07.02.2026, 15 Uhr), bezieht Österreich fast 40% Strom aus dem Ausland (Import) und 40% Strom aus Gaskraftwerken. Damit wird das Klima massiv geschädigt und Österreich muss den Strompreis bezahlen, welcher das Ausland diktiert. Diese Tatsachen werden dem Lesenden vorenthalten. Vor allem wird ihm vorenthalten, dass Windkraft keine Versorgungssicherheit bietet. Trotz 1'500 Windkraftanlagen hat es gerade jetzt in Österreich kaum Wind und damit kaum Strom aus Windkraft. Ausserdem wird dem Lesenden vorenthalten, dass Österreich extreme Mengen Strom aus dem Ausland netto (!) importieren muss, und zwar waren es im Jahr 2023 beispielsweise 21.6 TWh Strom (das ist ein Drittel des Schweizer Stromverbrauchs und fast ein Drittel des Österreichischen Stromverbrauchs). Und woher kommt der Österreichische Importstrom? Aus Atom- und Kohlekraftwerken aus Tschechien, aus Deutschland und aus Atom- und Wasserkraftwerken aus der Schweiz!

- Der politische Wille, die Windkraft in Österreich stärker auszubauen, führt zu noch mehr Auslandsabhängigkeit (einerseits weil es keine österreichischen Anbieter von Windkraftanlagen gibt, und andererseits weil bei Windflaute noch mehr Strom aus dem Ausland importiert werden muss) und zu noch mehr CO₂-Ausstoss (weil die Ersatzkraftwerke in Österreich hauptsächlich Gaskraftwerke sind). In der Schweiz geht die Diskussion in eine andere Richtung: Man setzt deutlich weniger auf Windkraft, einerseits weil die topographischen und technischen Voraussetzungen nicht die gleichen sind wie in Österreich (weniger Wind in der Schweiz), andererseits weil wir seit 1969 klimafreundlichen Strom aus Atomkraftwerken beziehen und damit Österreich ohne Windkraft versorgen können. Dieser Zusammenhang wird dem Lesenden vorenthalten.

- Die Aussage, dass Windkraftwerke zwei Drittel der Gesamtstrommenge im Winter produziere, ist falsch und darüber hinaus noch irreführend. Denn effektiv werden nicht 66%, sondern 59% der Gesamtstrommenge im Winterhalbjahr (Oktober bis März) produziert. Und „Zwei Drittel Strom im Winter“ ist irreführend, weil damit suggeriert wird, der Strom werde in den drei Wintermonaten (Dezember, Januar, Februar) produziert. Gemeint ist aber das Winterhalbjahr (die Hälfte des Frühlings und die Hälfte des Herbst dazugerechnet). Im Winter selbst hat es weniger Wind als Ende Herbst und Anfang Frühling, und im Winter vereisen viele Windturbinen und produzieren nur durchschnittlich viel Strom (25% in den drei Wintermonaten). Diese Tatsachen wurden irreführend dargestellt.

- Allein die Übernahme einer gängigen, irreführenden Grafik der Suisse Eole zeigt, dass der Artikel einzig wirtschaftlich und finanziell motivierte Propaganda verbreitet. Der letzte Abschnitt über den „Wintersturm“ ist dabei das Sahnehäubchen. Dem Lesenden wird suggeriert, Windkraft liefere stürmisch viel Strom. Wörtlich: «So leistet die Windkraft einen bedeutenden Beitrag zur Deckung der Winterstromlücke». Das ist genau ein Kernsatz der Windkraft-Lobby, welche der Bevölkerung im Rahmen einer klassischen Marketing-Strategie verkauft und eingetrichtert werden soll. Dabei ist das falsch. Windkraft schadet der Natur und der Umwelt, ist sehr teuer und liefert nur sehr wenig Strom. Die Effizienz in der Schweiz beträgt bei unseren schwachen Windverhältnissen nur zwischen 5% und 25%. Nur drei Windturbinen in der Schweiz können ohne Subventionen rentieren, alle anderen Windturbinen produzieren so wenig Strom, dass der Betreiber ohne Subventionen Konkurs gehen würde. Das wird im Artikel irreführend dargestellt. Der Lesende bekommt das Gefühl, Windkraft sei unverzichtbar.

Der SRF-Journalist Klaus Bonanomi hat bereits mehrfach Windkraft-freundliche, mutmasslich von der Suisse Eole unterstützte Artikel verfasst (vgl.

<https://www.srf.ch/news/wirtschaft/investitionen-im-ausland-die-bkw-und-ihr-kampf-fuer-windmuehlen> oder <https://www.srf.ch/audio/trend/windenergie-und-ihr-wirtschaftliches-potenzial?id=2eded6e8-8e12-4bd1-9e52-b7590f1a31d8>). Stets behauptet er einseitig, Windkraft habe „grosses Potential in der Schweiz“ und sei „umweltfreundlich“. Das ist irreführend und kein unabhängiger Journalismus.

Ich verlange daher, dass der SRF-Journalist sich nicht weiter zu Windkraftanlagen äussern darf, da seine Nähe zur Windkraftlobby offensichtlich ist. Anders lässt es sich nicht erklären, dass er regelmässig positiv gefärbte Artikel zur Windkraft publiziert und dabei gar 1:1 die Grafiken der Suisse Eole übernimmt. Die Redaktion muss hier eingreifen.

Hiermit ist ausreichend begründet, dass der Artikel das Sachgerechtigkeitsgebot verletzt und der betroffene Journalist wiederholt einen Lobby-Artikel publiziert hat. Das widerspricht einem seriösen, unabhängigen Journalismus. Vielen Dank für die Gutheissung meiner Beschwerde.»

Die **Redaktion** nimmt wie folgt Stellung:

Wie im Beitrag erwähnt wird, gibt es zwei aktuelle Anlässe für diesen Beitrag:

Die Ständeratskommission, welche der Aufhebung des Verbotes für neue Kernkraftwerke zustimmt und der jährlich wiederkehrende Stromkongress der Strombranche, an welchem der Autor mit Michael Strugl, dem Chef des grössten österreichischen Stromkonzerns Verbund AG ein Interview geführt hat. Die Grafik von Suisse Eole (im Artikel als Lobbyorganisation gekennzeichnet) bildet lediglich die Anzahl Windräder in den angrenzenden Ländern Österreich, Deutschland und Frankreich ab. Die Quelle der beiden anderen Grafiken ist das Bundesamt für Energie. Somit handelt es sich in keiner Weise um einen «Werbeartikel».

Der Blick nach Österreich ist naheliegend, da beide Länder oft miteinander verglichen werden (beides Alpenländer, ähnliche Landschaften und Bevölkerungsgrössen). Österreich setzt im Gegensatz zur Schweiz weiterhin nicht auf neue KKW, sondern will die erneuerbaren Energien forciert ausbauen. Dass Österreich erst 2040 das Netto-Null-Ziel erreichen will (10 Jahre vor der Schweiz oder der EU), kommt klar zum Ausdruck. (Grafik von BfE) Ebenso wird im Beitrag erwähnt, dass Österreich alle erneuerbaren Energien ausgebaut hat und weiter ausbauen will und – wie die Schweiz – auch auf Stromimporte (meist aus fossilen Kraftwerken oder AKW) angewiesen ist.

Als Unterschied zur Schweiz wird die Windenergie in Österreich hervorgehoben. Strugl erklärt, dass damit vor allem Strom im Winter gewonnen werden soll. Wie in der Schweiz sind diese Windräder aber auch in Österreich umstritten: «Auch bei uns gibt es, was die Akzeptanz betrifft, grosse Herausforderungen. Es ist ähnlich wie in der Schweiz.» Nur habe man in Österreich früher mit dem Bau dieser Anlagen begonnen.

Dass Schweizer Energieunternehmen in Windparks im Ausland investieren, ist eine Tatsache und suggeriert nicht, wie in den Beanstandungen moniert wird, die Energiefirmen sollten besser in Windparks in der Schweiz investieren. Eine solche Formulierung ist nirgends zu finden. Im Gegenteil wird erwähnt, dass es sehr schwierig ist, in der Schweiz aufgrund vieler Einsprachen, Windparks zu realisieren.

Der Unterschied zwischen Österreich und der Schweiz wird im Beitrag deutlich: Strugl sagt, die Bevölkerung und die Energiewirtschaft würden weiterhin auf die erneuerbaren Energien setzen, während in der Schweiz auch die Energiebranche froh ist, dass die Politik die Grundlage für neue AKW schafft.

Im Beitrag wie im Artikel werden Österreich und die Schweiz porträtiert in ihrem Bestreben, CO₂-neutralen Strom zu produzieren. Keiner der beiden Wege wird favorisiert. Es wird sachlich festgehalten, wer wie welchen Strom produziert – und warum - eingebettet in den politischen Willen des jeweiligen Landes.

Aus diesem Grund können wir keinen Verstoß gegen das Sachgerechtigkeitsgebot feststellen und bitten um eine Ablehnung der Beanstandungen.

Die **Ombudsstelle** hat den Beitrag ebenfalls gelesen und hält abschliessend fest:

Die Redaktion stellt in ihrer Stellungnahme den Anlass für den beanstandeten Online-Artikel sowie den Audio-Beitrag im Rendez-vous korrekt dar: Es geht nicht um einen umfassenden Überblick über die heutige und künftige Energieproduktion in Österreich und der Schweiz mit einer vertieften Analyse der unterschiedlichen Voraussetzungen, sondern um Erläuterungen, wie in Österreich die Versorgungssicherheit mit elektrischer Energie heute und in Zukunft im Unterschied zur Schweiz sichergestellt werden soll. Dies vor dem Hintergrund des in Österreich offenbar auch nach 50 Jahren mehrheitsfähigen Verzichts auf Kernkraftwerke. Demgegenüber wird in der Schweiz auf dem politischen Parkett zurzeit über die Aufhebung des 2017 beschlossenen Verbots neuer Kernkraftwerke diskutiert.

In Zusammenhang mit der seit Jahrzehnten unterschiedlichen Energieversorgung in Österreich und der Schweiz wird angesichts der Absicht, auch künftig auf Kernenergie zu verzichten, auf den forcierten Ausbau neuer erneuerbarer Energien (Photovoltaik, vor allem Windkraft) in unserem Nachbarland hingewiesen. Die Unterschiede zeigen sich sowohl an den heutigen Produktionsmengen elektrischer Energie aus diesen Quellen wie auch an deren prognostizierten bzw. angepeilten Produktion im Jahr 2040.

Die Grafiken des Bundesamts für Energie (BfE) ergeben folgendes Bild:

Photovoltaik

2024

A ca. 7 TWh
CH ca. 6 TWh

2040

ca. 23 TWh
20,4 TWh

Windkraft

2024

A ca. 9 TWh
CH ca. 0,2 TWh

2040

ca. 36 TWh
ca. 1,5 TWh

Aufgrund dieser Zahlen ist offenkundig, dass der Windkraft in Österreich ein völlig anderer Stellenwert beigemessen wird, als dies in der Schweiz der Fall ist. Zwar wird ein Teil dieser Diskrepanz zweifelsohne mit den topographischen Verhältnissen in unserem Nachbarland zusammenhängen. Da jedoch den konkreten Umständen für die Erzeugung von Windenergie in den Beiträgen nicht näher nachgegangen wird, war es auch nicht geboten, der Frage des Potentials der Windkraft in den beiden Ländern auf den Grund zu gehen. Zumal diese Frage bekanntlich in unserem Land heftig umstritten ist. Insofern war es auch nicht geboten, im Detail auf die Monate mit Produktionsspitzen einzugehen.

Es bleibt somit in den Beiträgen bei der Feststellung, dass in der Schweiz mit dem Bau von Windkraftanlagen weniger rasch und weniger energisch begonnen wurde und dass in beiden Ländern Widerstände gegen die Erstellung von Windkraftanlagen bestehen. Vertiefter auf die Hintergründe der unterschiedlichen Strategien und Potentiale der Windkraft in den beiden Staaten einzugehen, war angesichts des Fokus der Beiträge nicht notwendig. Das Publikum ist aufgrund der zur Verfügung stehenden Informationen durchaus in der Lage, sich über die unterschiedliche Situation bezüglich der Energieerzeugung in Österreich und der Schweiz eine eigene Meinung zu bilden.

Im Übrigen ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, dass die trotz der immer wieder artikulierten Investitionsabsichten bis anhin geringe Realisierung von Windkraftanlagen in der Schweiz, ungeachtet der topographischen Unterschiede zu Österreich, auch einen Zusammenhang mit der Dauer der Bewilligungsverfahren, den oft heftigen Widerständen und dem politischen Willen in unserem Land aufweist. Der Vorwurf, beim Artikel handle es sich um Propaganda der Windkraft-Lobby erweist sich auch vor diesem Hintergrund als nicht berechtigt.

Die Ombudsstelle stellt fest, dass kein Verstoss gegen das Gebot der Sachgerechtigkeit (Art. 4 Abs. 2 des Radio- und Fernsehgesetzes, RTVG) vorliegt.

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsmittelbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüssen

Ombudsstelle SRG Deutschschweiz